

Danziger Zeitung.



No 8936.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 4 R 50 S. Auswärts 5 R. — Inserate, pro Petit-Seite 20 S. nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretzmer und Rud. Wöfse; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hasenhein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. V. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 23. Jan. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung fand die Fortsetzung der ersten Beratung der konstitutionellen Gesetze statt. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, General Chabaud-Latour, er habe Mac Mahon seine Demission angeboten; dieser habe aber verlangt, das Ministerium solle forsfunktioniren, bis er ein neues Cabinet habe bilden können. Das jetzige Cabinet sei daher bis zur Abgabe seiner Befugnisse an seine Nachfolger voll verantwortlich. Der Minister erinnerte an die Verpflichtung der Nationalversammlung zur Fortsetzung der konstitutionellen Gesetze und verlangte mit Rücksicht auf die bezüglichen Beschlüsse die Vornahme der zweiten Lesung. Lucian Brun (Legitimist) führt aus, die Nationalversammlung habe mit dem Gesetz vom 20. November 1873 (dem Septennatsgesetz) nur eine Verlängerung der Gewalt Mac Mahon's beabsichtigt und keine weitere Verpflichtung übernommen. Der Redner verheißt sodann den Grafen Chambord und die Mitglieder des Hauses Orleans und schloß: Lassen wir die konstitutionellen Gesetze beiseite, beraten wir das Präsesgesetz und andere Gesetze, welche dem Marschall Mac Mahon die Mittel gewähren, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Herzog v. Broglie erinnerte daran, daß dem Marschall die Exekutivgewalt unvürdlich auf sieben Jahre übertragen worden sei und forderte zur zweiten Lesung der Vorlage auf. Nach weiteren Reden Berenger's und Jules Favre's und einer nochmaligen Erklärung des Ministers des Innern beschloß die Nationalversammlung mit 557 gegen 146 Stimmen, die zweite Beratung der Vorlage vorzunehmen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Barcelona, 21. Jan. Gestern haben 3000 Carlisten unter Tristany und Moret das 6 Meilen von hier entfernte Granollers mit flüchtender Hand abgenommen. In der Stadt wurden diese Gewaltthatigkeiten von ihnen begangen und sämtliche Mitglieder des Gemeinderaths von ihnen weggeführt. Es heißt, die Carlisten bereiten sich auf einen Handstreich gegen Barcelona vor, dessen sie sich unter Mitwirkung von Anhängern der republikanischen Partei zu bemächtigen hoffen.

London, 22. Jan. Die deutsche Panzerfregatte „Raifer“, welche 5000 Tonnenzucht und 1100 Pferdekraft hat, machte gestern ihre erste Probefahrt bei Naplin Sands. Die deutschen Commisars waren zugegen, zu deren vollkommener Zufriedenheit das Schiff mit voller Kraft stündlich 14,56, mit halber Kraft 12,70 Knoten zurücklegte.

Reichstag.

50. Sitzung vom 22. Januar.

Abg. Rüdert berichtet Namens der 5. Commission über die dem Hause mitgetheilte Uebersicht der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für 1873 resp. die innerhalb dieses Jahres vorgekommenen Etatsüberschreitungen. Der Antrag der Commission geht dahin, die Etatsüberschreitungen im Betrage von 5,447,948 Thlr. 11 Sgr. 4/5 Pf. vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnungen etwa sich noch ergebenden Erinnerungen vorläufig zu genehmigen. — Referent Rüdert hebt zunächst in Bezug auf die äußere Form der vorgelegten Etatsübersicht die auffallende, mit einem Beschluß des Reichstags vom Jahre 1872 in Widerspruch stehende Abweichung von der früheren Praxis hervor, daß die Ausgaben für 1873 nur nach Kapiteln und Titeln, aber nicht nach Positionen vorgelegt sind. Der Vertreter der Regierung berief sich vor der Commission darauf, daß der Etat für 1873 auch nur nach Titeln bewilligt worden sei, nicht nach Positionen, und daß die Rechnungslegung mit der Bewilligungsform correspondiren müsse. Ihm wurde darauf erwidert, daß sich die Majorität des Reichstags im Jahre 1872 nicht bewußt gewesen sei, daß mit der Bewilligung nach Titeln statt nach Positionen eine so wesentliche Veränderung in der gesammten Grundlage für die Rechnungslegung und für die Aufstellung der Etatsüberschreitungen vorgenommen werden solle. Es liege in der Verfassung auch so weniger irgend ein Grund vor, als die auch im Etat pro 1873 vorhandenen Ueberschreitungsvermerke bei den einzelnen Positionen absolut keinen Sinn hätten, wenn das Haus in bindender Weise nur nach Titeln hätte abstimmen wollen. Die Commission hat sich daher jedes besondere Antrages enthalten und ihre Stellung zur Sache dadurch genommen, daß sie ihre gesammte kritische Arbeit auf Grund der einzelnen Positionen vollzog. Der Redner geht nun auf die Etatsüberschreitungen im Einzelnen ein, von denen manche auch in weiteren Kreisen interessiren werden. So ist von den 40,000 Thlr. des Dispositionsfonds des Reichskanzleramts die Hälfte in Ausgabe angelegt als Beitrag zu den Kosten aus Anlaß des Aufenthaltes des Schah von Persien in Deutschland. Das auswärtige Amt hat in der Commission durch seinen Vertreter hierüber folgende Auskunft ertheilt: „Nach den seiner Zeit amtlich eingezogenen Erkundigungen ist der Schah von Persien in allen Ländern, die er besuchte, als Gast behandelt und demgemäß auf öffentliche Kosten bewirthet worden. Es erübrigt deshalb als eine Pflicht des politischen Ansehens für die deutsche Regierung, in dieser Beziehung hinter den anderen Ländern nicht zurückzubleiben. Die Kosten des Aufenthaltes des Schah in Deutschland belaufen sich auf rund 54,000 Thlr. Die Höhe dieser Summe erklärt sich theils aus den Er. persischen Majestät in Berlin und Potsdam gegebenen Festlichkeiten, theils aus dem Umstande, daß der Schah nach seinem hiesigen Aufenthalte Süddeutschland besuchte, ihm von der russischen bis zur belgischen Grenze Extrazüge zur Verfügung gestellt, Offiziere und Hofbeamte zur Begleitung beigegeben worden sind. Da dem Besuch des Schah

weber ein dynastisches noch ein Familieninteresse, sondern lediglich ein politisches Interesse zu Grunde lag, der Besuch auch Sr. Majestät nicht in Allerhöchster Eigenschaft als König von Preußen, sondern vielmehr als Deutscher Kaiser galt, so würde es nicht zu rechtfertigen gewesen sein, die Kosten der Aufnahme des Schah dem Hofmarschallamt ausschließlich aufzubürden. Die Commission hat sich mit dieser Erklärung vollständig befriedigt erklärt und hält die Ausgabe von 20,000 Thlr. aus dem Dispositionsfonds für ganz gerechtfertigt. Bei den Ausgaben des auswärtigen Amtes sind mehrere Etatsüberschreitungen vorgekommen, welche durch sehr ausführliche Mittheilungen des Vertreters des auswärtigen Amtes ihre Erklärung und Rechtfertigung gefunden haben. Für extraordinäre Hilfsarbeiter sind 15,000 Thlr. mehr ausgegeben worden, als ursprünglich in Aussicht genommen worden. Es sind aber die Geschäfte des auswärtigen Amtes in letztem Zunehmen begriffen. Während im Jahre 1869 die Zahl der bei der zweiten Abtheilung eingegangenen Sachen sich auf 27,188 belief, war dieselbe am Schluß 1873 auf 38,869 gestiegen und wird zu Ende des Jahres 1874 auf mindestens 44,000 gewachsen sein. Auch an nicht festangestellte Beamte bei den Gesandtschaftsbüros haben weit mehr Remunerationen gezahlt werden müssen, als im Etat ausgeworfen waren. 1873 sind zur ordnungsmäßigen Erledigung der Amtsgeschäfte überhaupt 27 Hilfsarbeiter bei den kaiserlichen Botschaften in London, Paris, Petersburg, Wien, Konstantinopel, Peking und Rom, sowie bei der Ministerresidentur in Japan beschäftigt gewesen, welche an Diäten und Remuneration überhaup 47,131 Thlr. erhalten haben. Aus Anlaß der Anwesenheit der außerordentlichen japanischen Botschaft sind 11,336 Thlr. Kosten erwachsen. Dem Botschafter in Petersburg sind 2000 Thlr. als theilweiser Ersatz der Kosten eines von ihm abgegebenen Ballfestes gezahlt worden. Auch bezüglich dieses Postens hat der Vertreter des auswärtigen Amtes eine vollständig befriedigende Erklärung abgegeben und zugleich erklärt, daß das auswärtige Amt im Allgemeinen die Praxis festgehalten hat, dem Reichstage nicht eine durchgreifende Gehaltsverbesserung der Gesandten vorzuschlagen, sondern denselben bei außergewöhnlichen Gelegenheiten — es handelte sich hier um ein Ballfest bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers in St. Petersburg — außerordentliche Remunerationen zu gewähren. Das Dispositionsfonds der Gesandten reicht zu einem standesgemäßen Leben nur knapp aus; für außerordentliche Ausgaben läßt dasselbe daher nichts übrig. In der Commission hat ferner noch eine Discussion stattgefunden über die Kosten aus Anlaß der Verleihung preussischer Orden an die Könige von Siam. Dieselben hatten dem Kaiser, dem Kronprinzen und verchiedenen höheren Staatsbeamten Orden verliehen und diese Freundschaften mußte erwidert werden. — Das Haus stimmte dem Antrage der Commission bei.

Abg. Rüdert berichtet sodann über die außerordentlichen Ausgaben, welche durch den Krieg gegen Frankreich veranlaßt sind oder mit demselben in Zusammenhang stehen und empfiehlt dem Hause Namens der Commission den folgenden Gesetzentwurf über die Verwendungen aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung zur Annahme: „§ 1. Die von der Reichshauptkasse im Jahre 1873 aus Anlaß des Krieges gegen Frankreich für gemeinsame Zwecke verausgabten Kosten sind, soweit dieselben nicht unter Ziffer 9 des § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1873 fallen, mit noch 126,211 R 6 Sgr 1 Pf. aus der von Frankreich gezahlten Kriegskosten-Entschädigung zu bestreiten. § 2. Die dem Reichskanzler im Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juli 1873 ertheilte Ermächtigung, die durch die Kriegsführung wider Frankreich dem ehemaligen Norddeutschen Bunde erwachsenen Ausgaben aus dem Antheile desselben an der französischen Kriegskosten-Entschädigung einschließlich der Zinsentträge dieses Antheils zu bestreiten, dauert fort. Dem Reichstage ist bei der nächsten ordentlichen Zusammenkunft derselben über die Ausführung dieser Bestimmung Rechenschaft zu geben. Soweit die Ausführung dann noch nicht erfolgt ist, bleibt hinsichtlich der weiteren Fortdauer der im Vorstehenden bezeichneten Ermächtigung gesetzliche Anordnung vorbehalten.“ — Das Haus genehmigt sowohl diesen Gesetzentwurf, als auch folgenden Antrag der Commission: „zu erklären, daß durch die Vorlegung der Uebersicht der außerordentlichen außerordentlichen Ausgaben der Vorbericht im Artikel 2 § 4 des Gesetzes vom 2. Juli 1873 genügt sei.“

Es folgt die zweite Beratung der Zusammenstellungen der von den beteiligten deutschen Staaten auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1872 eingegangenen Liquidationen. Die Commission beantragt: vorbehaltlich der Erinnerungen, welche sich bei der dem Rechnungshofe nach Art. V Absatz 4 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 obliegenden Prüfung ergeben, die Summe von 35,260,498 R 1 Sgr. als gemeinsame Kriegskosten im Sinne des Art. V Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1872, betreffend die französische Kriegskostenentschädigung festzustellen.

Das Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1872, betreffend die französische Kriegskosten-Entschädigung, war an die Commission zurückverwiesen worden. Die Commission hat in einem neuen § 2 die Ermächtigung angeschlossen, daß im Jahre 1875 die Summe von 3,739,946 R 25 Pf., also 3,600,000 R. mehr als im Etat dafür angesetzt waren, zum fortificatorischen Ausbau der elsass-lothringischen Festungen verwendet werden soll. — Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Auf Grund des Berichtes der Reichsschulden-Commission über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes resp. des Deutschen Reiches im Jahre 1873 und im Jahre 1874, sowie über den Reichskriegsschatz für das Jahr 1874 wird sodann der Reichsschuldencommission Decharge ertheilt. Die Allgemeinen Rechnungen über den Haushalt des Norddeutschen Bundes für das 2. Semester 1867 bis Ende 1870 veranlassen den Abg. Richter zu folgenden Bemerkungen: Den Fleiß und die Mühe, die sich die Commission bei Prüfung dieser Rechnungen gegeben hat, erkenne ich vollständig an. In der Hauptsache aber sind diese Rechnungen gar nicht zu prüfen. Bei den Rechnungen pro 1867 und 1868 liegen nämlich Bemerkungen des Rechnungshofes gar nicht vor, da er sich nicht für verpflichtet gehalten

hat, auf Grund der gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen diesen Rechnungen Bemerkungen hinzuzufügen. Das Reichskanzleramt hat versucht, eine andere Ansicht des Rechnungshofes herbeizuführen; er ist jedoch in Betreff der Jahre 1867 und 1868 bei seinem Beschlusse stehen geblieben und hat sich nur bereit erklärt, bei den Rechnungen für 1869 Bemerkungen anzustellen. Seitdem ist eine Reihe von Jahren vergangen, und mir scheint, daß wir einer baldigen gesetzlichen Regelung dieser Frage überhaupt noch nicht entgegensehen dürfen. Da liegt denn nun die Frage nahe, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, bei diesen Rechnungen Decharge zu ertheilen und so vor dem Lande den Anschein zu erwecken, als ob hierbei alles in der gesetzlich vorgeschriebenen Ordnung sich befände, was durchaus nicht der Fall ist. Wenn wir die Decharge dennoch ertheilen, so geschieht es, weil es sich hier um Rechnungen des verstorbenen Norddeutschen Bundes handelt, und weil wir hoffen, daß noch in dieser Session wenigstens dasjenige bescheidene Maß von Ordnung in dem Rechnungswesen herbeigeführt werden wird, welches in Preußen auf Grund der betreffenden Gesetze besteht. Wenn es nicht gelingen sollte, noch in dieser Session das Gesetz über den Oberrechnungshof zum Abschluß zu bringen, so wird die Regierung einer gesetzlichen Verlängerung des Mandats für den Rechnungshof bis zum nächsten Jahre bedürfen. Abg. v. Benda: Die angeregte Frage steht gegenwärtig nicht zur Beratung. Wenn das provisorische Gesetz der Mandatsverlängerung selbst uns vorgelegt werden wird, dann werden wir zu erwägen haben, ob es in unserem Interesse liegt, so zu verfahren, wie der Vorredner es für wünschenswerth erklärte. — Die Rechnungen selbst werden genehmigt.

Dritte Beratung des Gesetzes über den Landsturm.
Abg. Dunder: Meine Freunde und ich haben sich enthalten, die von uns gestellten und in der zweiten Lesung abgeworfenen Amendements in dem gegenwärtigen Stadium der Beratung wieder einzubringen. Wir haben aber ernstlich erwägen müssen, ob wir der Fassung, welche die Vorlage erhalten hat, noch zustimmen können. Ich halte die Vorlage weber für verfassungsmäßig, noch für eine Verstärkung des Militarismus, vorausgesetzt, daß Cautelen geschaffen werden, wodurch Männer, die ihren Pflichten gegen das Vaterland bereits in weitestem Maße genügt haben, vor einer Verlängerung ihrer Dienstzeit geschützt sind. Leider ist dieser Zweck durch die nur mangelhafte Amendmentung des § 5 nicht vollkommen erreicht worden, dennoch fürchte ich, daß die Lage dieser Männer eine noch schlimmere sein wird, wenn das Gesetz gar nicht zur Annahme gelangt, weil die Regierung — freilich im Gegenfall zur Mehrheit dieses Hauses — sich schon nach § 45 des Beibragegesetzes von 1867 das Recht vindicirt, Landsturmpflichtige in die Landwehr einzustellen, und im Nothfalle dies in noch weiterem Maße thun wird, als wenn wir ausdrücklich in das Gesetz hineinschreiben, daß solches nur in Ausnahmefällen zulässig sein soll. Dies Gesetz hat für mich aber auch die Bedeutung, daß es gleichsam anzeigt, daß die Grenze unserer Friedenspräsenzstärke erreicht ist, und die Reichsregierung für den Kriegsfalle ihren Rückhalt in anderen Formationen sucht. Ich werde danach auch nicht verfehlen, bei der nächsten sich mir darbietenden Gelegenheit auf eine Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke und eine Abkürzung der Dienstzeit zu bringen. Vor Allem aber fürchte ich, daß, wenn das Gesetz heute abgelehnt oder nur mit schwacher Majorität angenommen werden sollte, das Ausland daraus die Hoffnung schöpfen könnte, daß das Volk nicht gewillt sei, sich zum Landsturm ausheben zu lassen, weil seine Vertreter ihre Zustimmung dazu nicht abgeben haben. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Auch nicht einmal ein scheinbarer Anlaß zu einer solchen Mißdeutung soll gebot werden die unter Umständen wirklich zu einer Gefährdung des europäischen Friedens beitragen könnte. Darum werde ich für das Gesetz stimmen. (Beifall.)

Abg. v. Adeleben: Es hat sich im Laufe von 1870-71 gezeigt, daß die Grenze zwischen Reserve und Landwehr vollkommen vermischt worden ist, und das Gleiche wird bezüglich der bereits gebienten Mannschaften des Landsturms in Zukunft eintreten. Damit ist der Art. 59 der Verfassung vollkommen illusorisch gemacht und die Garantie völlig beseitigt, daß Jemand, der seiner 12jährigen Dienstzeit im Heere genügt hat, nicht mehr in die Linie, Reserve oder Landwehr eingestuft wird. Ich halte das Gesetz auch keineswegs für so harmlos, wie Hr. v. Treitschke, und berufe mich dabei auf das Urtheil eines Mannes, gegen den Sie nicht das intensivste Mißtrauen hegen, welches Sie einem Theile dieses Hauses entgegen bringen, nämlich auf dasjenige des bekannten Militärschriftstellers, Oberst v. Ankenburg, welcher der Meinung ist, daß der Gesetzentwurf die Grenze zwischen Landwehr und Landsturm vollkommen beseitigt und die Reichsicherheit des Mannes, der seiner zwölfjährigen Dienstzeit genügt hat, in das gerade Gegenteil verwandelt. Das wird auch im Volke vielfach eingesehen, und es hat sich deshalb dort eine mächtige Bewegung gegen das Gesetz gezeigt. (Widerspruch.) Aus meinem engeren Vaterlande (Hannover) sind nicht weniger als 200 Petitionen gegen das Gesetz eingelaufen, aus denen hervorgeht, daß die Auffassung des Volkes nicht die Vertrauensseligkeit des Referenten der zweiten Lesung (Graf Betheln) theilt. Diese Einstellung eines Theils des Landsturms in die Landwehr — und sie wird sicher auf alle gebienten Mannschaften ausgedehnt werden — muß einen regelmäßigen Mehraufwand von jährlich 45-50 Millionen R. zur Folge haben, — eine bittere Ironie auf die Verheißung, daß mit Erreichung einer Erleichterung der Militärlast eintreten werde. Jetzt wird die Einheit nur als Verwand braucht: Was Wunder, daß eine allgemeine Abnahme der Steuerkraft, die Verarmung ganzer Landstriche erkennbar wird? Derartige Erscheinungen konnten freilich bei der beharrlichen Befolgung der verwerflichen Annerxionspolitik nicht ausbleiben (große Unruhe), ich glaube aber, daß die Volksvertretung die Pflicht hat, der Reichsregierung auf diesem Wege ein energisches Halt zuzurufen. Europa wird in diesem Landsturmgesetz nur die Vorbereitung zu einem neuen Kriege erkennen (lebhafter Widerspruch rechts und

links), die übrigen Mächte werden darin eine Veranlassung zu neuen Kriegen erkennen, und sie werden sich davon schwerlich durch ihre Kenntniß der vom Reichskanzler an den Grafen Arnim gerichteten Erlasse abhalten lassen, in denen ich wenigstens nichts Beruhigendes finden kann. (Widerspruch, Ruf: Zur Sache!) Der Präsident ersucht den Redner sich an den Gegenstand der Beratung zu halten.) Wir (— Redner ist ein Hospitant des Centrums —) haben hier vergeblich versucht Cautelen in das Gesetz zu bringen, welche ihm einen defensiven Charakter sichern sollen. Da uns dies nicht gelungen ist, bleibt uns nur übrig gegen das Gesetz zu stimmen.

§ 1. „Der Landsturm besteht aus allen Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 42. Lebensjahre, welche weder dem Heere noch der Marine angehören. Der Landsturm tritt nur zusammen, wenn ein feindlicher Einfall Theile des Reichsgebiets bedroht oder überzieht.“ — Abg. Grumbrecht: Die in dem Projekt Arnim veröffentlichten Altensätze haben doch wohl zur Genüge die Friedensliebe des Volkes unserer Politik gezeigt, und wenn der Vorredner zugestehet, daß wir Deutschen ein Interesse am Frieden haben, so sollte er auch nichts dagegen haben, wenn wir uns auf die Vertheidigung des Friedens vorbereiten. Wir haben auch Petitionen gegen dies Gesetz vorgelegen, darunter eine aus meiner Vaterstadt Harburg. Es ist mir recht gut bekannt, welche Mittel von der welfischen Partei angewendet sind, um dergleichen zu Stande zu bringen; man hat den Leuten die Vorstellung gemacht, als wenn damit nun gleich der Krieg begäun und wir sofort wieder nach Frankreich marschirten. Aus den Namen, die unter der Harburger Petition stehen, habe ich ersehen, daß die Unterzeichner solche sind, die das Gesetz gar nicht beurtheilen können. (Ruf: § 1!) Die Petitionen gehen gegen das Gesetz und § 1 ist ein Theil des Gesetzes. (Heiterkeit.) Wie man Angesichts der Ueberschüsse im Reiche von einer Verminderung der Steuerkraft des Volkes reden kann, verstehe ich nicht. Gibt es überhaupt ein Land der Welt, welches so günstig gestellt wäre, wie Preußen, also ein großer Theil des Reiches, dessen Staatsbahnen, dessen Eisenbahnen seine ganze Schuld aufwiegen? (Rufe: § 1!) Wir wollen uns gar nicht auf einen Krieg vorbereiten, sondern nur die Kraft des Volkes benutzen, wenn die Noth da ist, die schließlich doch kein Gebot kennt. Alles, was dagegen gesagt worden ist, soll nur dazu dienen, die Aufregung zu vermehren, die man zu irgend welchem Zwecke, ich weiß nicht zu welchem, zu fördern sucht. (Beifall.) — § 1 wird darauf angenommen; ebenso §§ 2-4, die vom Aufgebote und seiner Ausdehnung handeln, und den Landsturm den militärischen Disziplinargesetzen unterwerfen.

§ 5. „Der Landsturm erhält bei Verwendung gegen den Feind militärische, auf Schussweite erkennbare Abzeichen und wird in der Regel in besonderen Abtheilungen fermirt. In Fällen außerordentlichen Bedarfs kann die Landwehr aus den Mannschaften des aufgebotenen Landsturms ergänzt werden, jedoch nur dann, wenn bereits sämtliche Jahrgänge der Landwehr und die verwendbaren Mannschaften der Ersatzreserve einberufen sind. Die Einstellung erfolgt nach Jahresklassen, mit der jüngsten beginnend, soweit die militärischen Interessen dies gestatten.“ — Abg. Liebknecht: Das Volk versteht dieses Gesetz sehr wohl zu beurtheilen, aber es wendet sich nicht mehr mit Petitionen an den Reichstag, zu dem es das Vertrauen verloren hat; es sagt, er sei nur noch eine Jagdmaschine. — Präsident v. Fordenbed: Ich halte es nicht für zulässig, hier im Reichstage selbst eine Beileidigung desselben zu wiederholen, die außerhalb des Hauses gefallen ist, und ich rufe deshalb den Abg. Liebknecht zur Ordnung! (Beifall.) — Abg. Liebknecht: Ich habe nur wiederholt, was man im Volke vom Reichstage sagt; ich habe... — Präsident v. Fordenbed: Ich habe den Redner wegen Wiederholung einer Beileidigung des Hauses zur Ordnung gerufen und es scheint mir, als wenn der Redner eben im Begriff war, dasselbe noch einmal zu thun. — Abg. Liebknecht: Ich wollte nicht dasselbe thun, sondern nur im Namen des Volkes hier sprechen. Ich habe eben so gut wie jeder andere Abgeordnete das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen, und es ist nicht Recht gewesen, daß man mich verhin durch den Schlußantrag daß mündtob machen wollen. — Präsident v. Fordenbed: Es ist nicht zulässig, einen Beschluß des Reichstages in einer solchen Weise zu kritisiren. — Abg. Liebknecht: Aus dem § 5 geht klar hervor, daß es sich hier nicht um den Landsturm unserer Väter handelt, von dem es heißt: „das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“, sondern um eine Vermehrung des stehenden Heeres, eine Landwehr zweiten Aufgebotes. Aber man fürchtet die entsefelte Volkskraft, weil man die Stärke einer solchen Volksbewegung temen gelernt hat; die Volksbewegung in Frankreich, über die man jetzt so geringschätzig urtheilt, hat der deutschen Heeresführung eine solche Furcht eingeflößt, daß man zu den entsefeltesten Repressalien gegriffen hat; man hat Diejenigen, die nur dasselbe gethan haben, was die Deutschen 1813 thaten, einfach erschossen, man hat sie nicht als ehrliche Soldaten betrachtet, die als Patrioten handelten, sondern als Banditen... — Präsident v. Fordenbed: Ich muß den Redner wiederum unterbrechen; die letzte Bemerkung gehörte nicht zur Sache. (Beifall.) Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß ich ihn bereits einmal zur Ordnung und einmal zur Sache gerufen habe; sollte er fortfahren von der Sache abzuschweifen, so würde ich von den Rechten, die mir § 43 der Geschäftsordnung giebt, Gebrauch machen. (Beifall.) — Abg. Liebknecht: Dieser Landsturm ist eine Blutsteuer, die dem in seiner Steuerkraft ohnehin sehr geschwächten Volke auferlegt wird. Der Finanzminister hat zur großen Befriedigung des Abgeordnetenhauses erklärt, daß in Preußen 6½ Millionen Personen nicht zur Klassensteuer herangezogen sind, weil sie ein Jahreseinkommen unter 140 Thlr. haben! 6½ Millionen, die nicht 140 Thlr. Einkommen haben! In welchem Abgrund von Elend sieht man da hinein! Aber die Bourgeoisie sieht das Elend der Armen nicht und will es nicht sehen. Haben Sie ein Interesse am Wohle unseres Vaterlandes, so werfen Sie dieses Gesetz der Regierung vor die Füße! (Unruhe.)

Abg. Windthorst: Unsere Anträge bei der 2. Beratung hatten den Zweck, das Gesetz mit der Verfassung in Einklang zu bringen und dem Landsturm seinen

vollständigen Charakter zu bewahren. Nachdem diese Anträge sämtlich vom Hause abgelehnt worden sind, ist nach meiner festen Ueberzeugung das Gesetz weiter nichts als eine Vorrede zweiter Aufgebotes. Wenn wir somit gewonnen sind, dies Gesetz, wie es nun vorliegt, abzulehnen, so müssen wir freilich die Anträge von gewisser Seite uns zuziehen, als ob damit irgend eine die Ansicht umgeben wäre, die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes zu schwächen. M. S., die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes liegt uns eben so sehr am Herzen, wie jedem Vaterlandsfreunde. Man darf daraus, daß wir gegen dies Gesetz stimmen, nicht entnehmen, daß das Vaterland, die Augenblicke der Gefahr nicht bereit wären, zum Schutze des Vaterlandes Alles aufzubringen, was sie besitzen. (Zustimmung im Centrum.) M. S., dem gemeintamen Feinde gegenüber kennen wir keine Partei. Daß der Streit der Parteien in unserem Vaterlande so tief geht, beklage ich von ganzem Herzen, und ich hoffe, daß das Land kräftig genug sein wird, endlich den rechten Weg zu finden. Ich hätte gewünscht, daß der Abg. Dunder derartige Anfeindungen gegen uns, um seinen Rückzug in dieser Sache zu bewerkeln, nicht vorgebracht hätte. Ich beklage das sehr, begreife aber, daß für einen solchen Rückzug ein solcher Rückzug notwendig war. — Abg. Dunder: Ich habe nicht gegen eine Partei des Hauses die Anträge erhoben, daß sie die Wehrkraft des Landes schwächen wolle, sondern nur davon gesprochen, daß außerhalb Deutschlands ein Votum dieses Hauses, das nicht mit Einstimmigkeit oder mit großer Majorität für dieses Gesetz sich ausdrückt, dahin mißverstanden werden könnte, als ob der Eingehung des Beschlusses vom Volke nicht mit voller Bereitwilligkeit Folge geleistet werden würde.

§ 5 wird hierauf angenommen, desgleichen §§ 6-9 (betreffend die Auflösung des Landstums und die Ausführenden-Paragrafen). In namentlicher Abstimmung wird hierauf in dritter Lesung das ganze Gesetz definitiv mit 198 gegen 84 Stimmen angenommen. (Dagegen das Centrum, Polen, Socialisten und Sonnenmann.) — Schließlich wird noch die folgende Resolution des Abg. Dunder angenommen: „den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Unterfütterung der Familien zum Dienste einberufener Reserve, Landwehr- und Landsturm-Mannschaften.“ — Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausübung der militärischen Controle über die Personen des Heerwesens, die Übungen derselben, sowie die gegen sie zulässigen Disciplinarmittel. — Das Gesetz wird ohne Discussion definitiv angenommen.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erwerbung von zwei in Berlin gelegenen Grundstücken für das Reich. Ein gewisser Philipp Bloch, der von dem Fürsten Radziwill mit dem Verkauf der hier fraglichen Grundstücke beauftragt gewesen und dafür keine Provision erhalten haben will, macht dem Reichstage die Mittheilung, daß die Annahme, dem Fürsten Radziwill seien für die qu. Grundstücke von anderer Seite höhere Gebote gemacht, als die von Seiten des Reiches zu zahlende Summe betrage, auf einem Irrthum beruhe; der von dem Fürsten Radziwill vorgelegte, angeblich mit einer anderen Person abgeschlossene Kaufvertrag ist lediglich eine Fiktion. Beantwortet hat diesen Kaufvertrag in Abschrift beigefügt. Derselbe trägt das Datum Berlin... Juni 1874; der Tag ist nicht ausgefüllt; auch der Name des Käufers ist nicht ausgefüllt, der Kaufpreis auf 2,232,000 Thlr. angegeben und dem Verkäufer bis zum 1. Juli 1874 das Rücktrittsrecht vorbehalten. — Abg. Dunder beantragte, den zur Beratung stehenden Gesetzentwurf nunmehr an eine Commission von 7 Mitgliedern zu überweisen. Der Inhalt der Petition sei doch zu wichtig, als daß man über denselben einfach hinweggehen könnte. — Abg. Miquel: Die heute mitgetheilten Thatsachen sind für die Entscheidung des Hauses ganz irrelevant. Wir haben uns aus dem ganzen und ursprünglich vorgelegten Material überzeugt, daß die Grundstücke preiswürdig sind und daß ihr Erwerb für das Reich unbedingt notwendig ist. — Abg. Lasker: Es wäre unverantwortlich, wenn wir jetzt definitiv den Ankauf dieser Grundstücke beschließen, ohne uns volle Aufklärung darüber verschafft zu haben, wie es mit den heute vorgetragenen gravirenden Thatsachen, insbesondere mit dem erdichteten Kaufvertrage sich verhält. — Präsident Delbrück: Daß dem Reichskanzleramt ein Vertrag, wie er hier vorgelegt wurde, mit Offenlassung des Namens nicht vorgelegt worden ist, kann ich versichern. Ich erinnere mich allerdings, daß im Mai vorigen Jahres die Mittheilung erfolgte, daß die Prinzen Radziwill anderweit wegen Verkaufes des Grundstücks in Unterhandlungen stehen. Es ist dabei auch von einem Preise die Rede gewesen, die damaligen Verhandlungen aber haben keine weitere Folge für die Regierung gehabt. — Abg. v. Kehler: Ich kann diese Erklärung nur in allen Theilen bestätigen. Die Behauptung, daß bei diesen Verhandlungen von dem Fürsten Radziwill ein schriftl. Vertrag vorgelegt sei, um über den Werth des Grundstücks irre zu führen, ist eine Unwahrheit. — Abg. Graf Bethusy-Huc: Wir würden der Petition eine unverständliche Ehre erweisen, wenn wir die Sache an eine Commission zurückverweisen. Sie hat sich durch die eben gehörten Erklärungen als eine ganz frivole Unwahrheit erwiesen. — Abg. v. Hoyer: Ich bin doch der Ansicht, daß man die Sache nicht so leicht hin auflassen darf, wo es sich um das Geld des steuerzahlenden Volkes handelt. Die Sache ist mir noch keineswegs vollständig aufgeklärt. — Abg. Windthorst spricht sich gegen die Commission aus, und beruft sich auf die Autorität v. Harub's, daß Object und Kaufpreis in richtigem Verhältnisse ständen. — Abg. Dunder spricht seine Bewunderung darüber aus, daß Windthorst, sonst der erklärte Freund der Commissionen, heute von einer solchen nichts wissen wolle, obwohl die Angemessenheit des Kaufpreises keineswegs ganz zweifellos sei. — Abg. Fürst Radziwill: Ein Kaufvertrag, wie ihn die Petition erwähnt, hat nie existirt, er ist ein bloßes Project gewesen, das den Bevollmächtigten des Reichskanzler-Amtes nie vorgelegt worden ist, um einen hohen Preis zu erzielen. — Die Beweissung an eine Commission wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und einiger National-liberalen und Centrumsmitglieder abgelehnt und das Gesetz genehmigt.

Schließlich passirt der Auslieferungsvertrag mit Belgien die dritte Lesung. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Herrenhaus.

3. Sitzung vom 22. Januar.
Neu eingetreten ist Hr. v. Winterfeldt. Eingegangen sind der Staatshaushaltsetat und ein Gesetzentwurf, betr. die Gebühren der Anwälte und Advokaten.
Fürst Putbus bittet schriftlich, dem Hause anzudeuten, daß in der von ihm erbetenen ehrengerichtlichen Unterfütterung betreffs der am 12. und 16. Mai v. J. im Hause der Abgeordneten gegen ihn erhobenen Beschuldigungen freigesprochen sei. — Präsident Graf Stolberg hat sich in dieser Angelegenheit auch an den Chef des Militär-Cabinetts, General v. Albedyll, gewandt und von diesem folgendes Schreiben erhalten: „Berlin, den 19. Januar 1875. Ew. Erlaucht gezeichnetes Schreiben habe ich Seiner Majestät dem Kaiser vortragen. Allerhöchstdieselben sind mit Ew. Erlaucht Ansicht, daß in der ehrengerichtlichen Angelegenheit des Fürsten zu Putbus eine

Mittheilung an das Herrenhaus erforderlich erscheine, einverstanden und genehmigen eine solche hierdurch ausdrücklich. Se. Majestät geruhen auch auf die Frage einzugehen, in welcher Form und in welcher Ausdehnung diese Mittheilung zu erfolgen haben werde, und äußerten sich dahin, daß eine kurze Darstellung des Verlaufs dieser Angelegenheit das Herrenhaus wohl besser über dieselbe unterrichten würde, als es etwa durch bloße Bekanntmachung der Befestigungsordnung geschehen würde. Demzufolge hat sich der Fürst zu Putbus bereit erklärt, diese Darstellung in kurzen Zügen zu geben. Der Fürst zu Putbus ist, nachdem der Abg. Lasker ihn in seiner Rede vom 12. Mai 1874 angegriffen, sogleich gestützt auf seine Eigenschaft als Offizier à la suite der Armee mit dem Gesuche hervorgetreten, daß die Angelegenheit einer militärendehringlichen Beurtheilung unterworfen werden möge. Die Genehmigung dieses Gesuches ist zunächst beanstandet worden, weil es einestheils bei der Natur der hier vielfach in Frage kommenden Verhältnisse sehr zweifelhaft erschien, ob die Beurtheilung derselben einem solchen Sachverständigen fremden Militär-Ehrengericht aufgelegt werden könnte, und andererseits, weil ein gewisser Widerspruch darin lag, daß der Fürst zu Putbus für Handlungen, die mit seiner Eigenschaft als Offizier in keinem Zusammenhang standen, sofort und vor jeder anderweitigen Erörterung der Sache vor ein Militär-Ehrengericht gestellt werden sollte. — Wenn die Entscheidung der Sache sich bis jetzt verzögert hat, so trifft den Fürsten Putbus hierin nicht die mindeste Schuld, sondern es liegt dies lediglich in der Erörterung der vorstehenden erheblichen Bedenken. Die wiederholten dringenden Gesuche des Fürsten zu Putbus haben zur Folge gehabt, daß von diesen Bedenken zum Theil abgesehen worden ist; festgehalten ist aber worden, daß ein Militär-Ehrengericht nicht in der Lage sein könne, die Thätigkeit des Fürsten zu Putbus als Präses eines Gründungs-Comitès nach allen Richtungen hin competent zu beurtheilen und hat sich das Ehrengericht daher auf die Erörterung der den Standpunkt des Offiziers wesentlich und hauptsächlich berückachtenden Fragen: ob eine persönliche Ehrengerichtsaussprechung, oder ob eine solche in einer ehrengerichtlichen zur richtigen Weise angestrichen worden, beschränkt. Beide Fragen hat das Ehrengericht auf Grund des beigebrachten Beweismaterials verneinend beantwortet, die erste mit dem Zusatz, daß im Gegentheil dem Fürsten zu Putbus noch erhebliche Kosten erwachsen seien, und hat demzufolge einstimmig Freisprechung beantragt. Se. Majestät der Kaiser und König haben diese Freisprechung durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 29. Dezember 1874 zu bestätigen geruht. Ew. Erlaucht darf ich hierdurch die Mittheilung an das Herrenhaus ganz ergebenst anheimstellen. v. Albedyll.“ — Präsident Graf Stolberg: Ich kann wohl der Gemüthsangabe Ausdruck geben, daß die Angelegenheit für das Herrenhaus in dieser Weise erledigt ist.

Es folgt hierauf nachfolgende Interpellation des Fürsten zu Putbus: „Ich erlaube mir an die Staatsregierung die Anfrage zu richten, ob dieselbe geneigt ist, unter Modification der Instruktion vom 7. Februar 1874 über Behandlung der Abgaben-Vertheilung in Folge von Dismembationen, die Landräthe mit Anweisung zu versehen, daß sie fernerweit die Amtsvorsteher mit den Verhandlungen über die Abgaben-Vertheilung in Folge von Dismembationen nicht beauftragen, vielmehr dabei nur eine begutachtende und vermittelnde Thätigkeit von ihnen in Anspruch nehmen? — Nachdem der Interpellant diese Anfrage motivirt hat, erwidert der Geh. Rath Berlinus: Die Staatsregierung erkennt auch ihrerseits das Bedürfnis an, eine Declaration der Ministerial-Instruktion v. 7. Febr. v. J. einzutreten zu lassen. Nach Ansicht der Regierung würde es der Stellung der Amtsvorsteher im Sinne des Kreisordnungs-Gesetzes nicht entsprechen, wenn die Landräthe allgemein die Abgabenvertheilung den Amtsvorstehern zuweisen und von ihnen diejenigen Arbeiten verlangen würden, deren Ausführung im Wesentlichen, ohne die Amtsgeschäfte zu fördern, nur eine Entlastung der Landräthe bedeuten würde. Die Staatsregierung erkennt also den richtigen, in Zukunft zu befolgenden Grundgedanken, daß die Landräthe in der Regel diese Arbeiten selbst auszuführen und die Amtsvorsteher nur in solchen einzelnen Fällen in Anspruch zu nehmen haben, wo ganz besondere Umstände dies rechtfertigen. In diesem Sinne wird von dem Minister des Innern und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten binnen Kurzem eine entsprechende Circularverfügung an die Landräthe erlassen werden. — v. Kleist-Negow führt die Beschwerden der Amtsvorsteher wegen ihrer Ueberbürdung des Näheren vor. Die Amtsvorsteher seien auch in allen Fällen, wo sie gleichzeitig Amtsvorsteher waren, gezwungen worden, zugleich die Functionen eines Landesbeamten zu übernehmen, eine Maßregel, die sich durch das Civil-Gesetz in keiner Weise rechtfertigen lasse. — Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

Danzig, den 22. Januar.

Die Herren, welche an der Börse den Ton angeben, wie auch die rheinischen Industriellen, sind in letzter Zeit gar nicht gut zu sprechen auf unseren Finanzminister. Freilich hat er's bel ihnen auch recht verdient. Sie haben häufig Anliegen an ihn zu richten, und da giebt er sich denn gar keine Mühe, ihnen schöne Worte zu geben, selbst nicht, wenn's irgend eine „G. Heime“ Geßbe der Finanzwelt oder Industrie ist. Kam da z. B. in voriger Woche eine sehr respectable Deputation aus Frankfurt a. M. und wollte eine besondere Berücksichtigung der „Frankfurter Bank“ erwirken. Herr Camphausen machte mit den Herren gar kein Federlesen, er ließ sie gar nicht vor, ließ ihnen vielmehr sagen, er habe für sie nicht Zeit, weil er wichtigere Dinge zu thun habe; übrigens wisse er auch ganz genau, was sie haben wollten, ohne daß sie es ihm sagten. Darüber herab ist nun große Enttäuschung; denn die Herren Frankfurter rechnen immer auf eine besondere Zuberkommenheit, weil's doch lange Zeit bei uns Sitte war, daß man gerade mit den Widerhaarigsten am freundschaftlichsten that. Fürst Bismarck erdarmte sich ihrer, ließ sie zu sich bitten und versprach ihnen zwar nichts für ihre Bank, sagte ihnen aber doch etliche schöne Worte: er hege für Frankfurt eine besondere Zuneigung, weil mit dieser Stadt sein größtes Werk, der Friedensschluß mit Frankreich, verbunden sei u. s. w. Ähnlich wie den Frankfurtern ist es nun noch mehreren anderen Deputationen beim Finanzminister ergangen, die das ihnen widerfabrene Schicksal gerade nicht an die große Glocke hängen, u. A. den rheinischen Hüttenbesitzern und Industriellen, die Herrn Camphausen für eine Hin-auschiebung der Aufhebung der Eisenölle gewinnen wollten. Der aufgemerkte Groll findet dann und wann in der Berliner Börsenpresse seinen Ausweg; man stellt die Stellung des Finanzministers alle acht Tage als erschüttert dar, weil man dadurch zu erreichen hofft, was man wünscht. Auch die heutigen Berliner Börsenblätter bringen wieder die Nachricht von dem in den nächsten Tagen bevorstehenden Rücktritt Camphausens,

einige Schritte sollen das gute Werk befördern. Wahrscheinlich werden diese frommen Wünsche nicht erfüllt werden. Die Stellung, welche Camphausen als Vice-Vizepräsident des Staats-Ministeriums einnimmt, bringt es mit sich, daß sie nicht so leicht lösbar ist, wie die eines anderen Ressortministers. Der Einbruch, welchen sein vor wenigen Tagen dem Landtage vorgelegtes Finanzprogramm auch in parlamentarischen Kreisen hervorgebracht hat, ist ein so überwiegend günstiger, daß man in politischen Kreisen seinen Rücktritt jetzt für weniger wahrscheinlich hält, als je vorher. Ein urbanes Wesen ist freilich für einen Minister eine sehr werthvolle Eigenschaft, doch ist sie nicht die Hauptsache. Der ehemalige Handelsminister Graf Jhepply ließ an freundschaftlicher Verhandlung von Deputationen u. s. w. nichts zu wünschen übrig, er versprach Jedem, sein Möglichstes für ihn zu thun, aber bei dem Versprechen pflegte es auch zu bleiben; loben wir uns doch einen Minister, der seine kostbare Zeit besser verwertet, der weniger redet und mehr thut.

Die „Germ.“ brachte in ihrer letzten Wochenschau eine „Erklärung“ oder vielmehr Apologie der Voranschläge gegen den Reichskanzler. Wir citiren daraus nur den folgenden Satz: „Es kann nicht ausbleiben, daß dem Menschen, der sich in seinem geistigen Jahre hindurch auf das Empfindlichste verletzt fühlt, Sinn und Gedanke mehr und mehr erregt werden. Und wenn dann in einzelnen, durch den Glauben an Gottes Barmherzigkeit und gnädige Absichten nicht hindere gestählten Gemüthern die Ungebuld überhand nimmt und der Widerwille gegen das als Unrecht Erkannte sich bis zum Haffe steigert, der sich Unrecht mit Unrecht zu vergelten für berechtigt hält, — kann das Erkante erregen?“ Die letzte Nummer der „Prov. Corr.“ stellte den Artikel als eine „Realisirung des politischen Mordes“ an den Pranger. Die heutige „Nordb. Allgemeine Zeitung“ rückt nun mit schwererem Geschick hervor. Sie will wissen, daß im „Generalkabine des jesuitischen Hauptquartiers“ der Plan zur Emordung des Fürsten Bismarck fest in's Auge gefaßt sei und bringt dann folgende angebliche Enthüllung über die neueste Instruktion aus ihrem Hauptquartier: „Der Nachfolger Kullmann's soll, wo möglich kein Deutscher sein. Den allgemein zugestandenem Vortheil des Geltens der verbrecherischen That würde, wenn der Thäter ein Landsmann des Fürsten Bismarck wäre, der hiermit verbundene Nachtheil weit überwiegen. Es erscheint nicht opportun, daß der Beweggrund des Verbrechens, wie es dann der Fall sein würde, ein unvollständiges confessioneller sei. Daher würde ein Nicht-Deutscher erwünscht, bei dem es freilich, anderweite Motive, a. B. solche, die mit seiner Nationalität zusammenhängen hätten, anzunehmen und vorzugeben.“ Das officiöse Blatt will damit wohl auf einen Franzosen oder Polen hindeuten. Wir können aber wirklich nicht glauben, daß die jesuitische Kreuzspinne sich bis zu solchen förmlichen Wordingen erhoben hat. Wir möchten viel eher glauben, daß ein Agent der Regierung einen solchen Plan ausgeheckt hat, um eine möglichst hohe Belohnung für ihre Entdeckung zu erhalten. Wir haben ja traurige Beispiele von den Thaten solcher „Reptile“ aus der Zeit der Reaction.

Erst vorgestern spät Abends sind die ersten officiellen Nachrichten vom „Nautilus“ in Berlin eingetroffen. Corvetten-Capitän Zembich meldet, daß er die Recognoscirung gegen Zarauz am 14. d. Mts. ausgeführt hat, aber ohne einen Schuß abgefeuert noch eine Landung ausgeführt zu haben. Nach vollendeter Recognoscirung ist der „Nautilus“ noch denselben Abend im Hafen von Passages eingelaufen, wo er noch jetzt vor Anker liegt und die übrigen deutschen Kriegsschiffe erwartet. Der „Nautilus“ hat sich demnach jedes Angriffs gegen die Carlisten enthalten. Die Nachricht hat der Commandant Zembich schriftlich an den deutschen Consul in Bayonne geschickt und ist von dort telegraphisch weiter gemeldet. Der Pariser „Liberte“ schreibt man etwas abweichend davon unterm 18. d. Mts. aus Passages: „Auf der Fahrt von Santander hierher hat der deutsche Kreuzer nur vor Zarauz ein paar Mann ausgesandt, um dem Befehlshaber der carlistischen Truppen in dieser Gegend eine Sommation überreichen zu lassen. Gestern wurden nach einer kurzen Unterredung zwischen dem General Loma und dem Capitän Zembich die spanischen Kriegsschiffe „Consuelo“ und „Guipuzcoano“ nach Guetaria dirigirt.“

Die Carlisten haben sich durch ihre Drohung, sich am Leben des Capitän Zeplien und der wenigen mit ihm in Zarauz zurückgebliebenen Leute zu vergreifen, falls die Beschießung des Ortes begannen würde, ganz auf den Standpunkt der Banditen gestellt, welche Personen, deren sie sich bemächtigt, in die Berge schleppen und sie zu ermorden drohen, falls die Behörden mit der Verfolgung Ernst machen. Wenn der Häuptling dieser Banditen, Don Carlos, aus seinen Bergen vertrieben sein wird, so könnte die deutsche Regierung mit Recht die Auslieferung derselben beantragen. Die als officiös angesehenen „Dtsch. Nachr.“ schreiben über den Fall: „Die Drohung der Carlisten kann ihre Wirkung nur für eine bestimmte Zeit ausüben. Capitän Zeplien befindet sich nach hier eingetroffenen Berichten bis jetzt wenigstens nicht in Gefangenschaft der Carlisten, sondern verweilt mit den übrigen Mannschaften nur deshalb in Zarauz, um bei der Feststellung des angerichteten Schadens, der sogenannten „Schiffsverklarung“ mit thätig zu sein. Er unterzählt zu diesem Zweck einen geregelten Verkehr mit dem spanischen General Loma. Sobald diese Arbeiten beendet sein werden, würde seiner Entfernung aus dem Orte Nichts entgegenstehen, wenn die Carlisten bis dahin ihn und seine Leute nicht etwa noch der Freiheit berauben sollten. In diesem (uns wahrscheinlich) Falle würde indeß vermuthlich die gewaltsame Befreiung der Gefangenen vermittelt der deutschen Kanonenboote angeordnet werden, ehe die Action des spanischen Geschwaders vor Zarauz ihren Anfang nähme.“ In Frankreich hat gestern die Regierung wenigstens in so weit gestimmt, daß die constitutionellen Gesetze zur zweiten Lesung gelangen. Die Schwierigkeiten werden sich erst bei der Special-berathung herausstellen; denn so groß die Ra-

porität war, so wird diese doch bei der ersten praktischen Frage auseinanderfallen, denn sie enthält alle Elemente von der gemäßigten Rechten bis zur äußersten Linken. Die Gerichte, das Mac Mahon zurücktreten würde, wenn die Republik votirt wird, sind wahrscheinlich dazu bestimmt, die Furchtsamen des rechten Centrums einzuschüchtern. Von diesem ist ein Deputirter bereits öffentlich zu den Bonapartisten übergegangen und zwar ein General, Magure. Mehrere werden wohl folgen. Der übrige Theil der Orleanisten spaltet sich in die Anhänger Aubiffre's, der die Republik bis 1880 will, und in die Broglie's, der noch immer hofft, ein „Ministerium des Kampfes“ mit Fourtou bilden zu können.

Die drei nordischen Kaiserreiche, welche fest zusammenstehen, hoffen jetzt bestimmt, den drohenden Kampf zwischen der Türkei und Montenegro, dem Serbien und vielleicht auch Rumänien sofort zur Seite treten würde, aufhalten zu können. Man hofft, daß der Großvezir, welcher die Sache festgeritten hat, vom Sultan entlassen werden wird.

Deutschland.

X Berlin, 22. Jan. Dem Abgeordneten a. Hause ist außer dem Etat und einem Entwurf über die Reimandabgaben nur noch ein Entwurf betreffend die Beschäftigung für den höheren Verwaltungsdienst zugegangen. Die Zahl der dem Hause übergebenen Petitionen beträgt über 200. — Der Abg. Petri wird einen Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken einbringen. — Man hofft die 2. Lesung des Civilbegehres in einer Sitzung morgen zu beendigen und in diesem Falle am Montag die zweite Lesung des Bankgesetzes zu beginnen, für welche 2 bis 3 Tage ausreichen dürften. Keinenfalls wird die Session vor dem 30. d. Mts. schließen. — Die ständige Justizcommission des Reichstages wird sich morgen constituiren, man hört, daß der Vorsitz dem Abg. Miquel oder dem Abg. Geiß übertragen werden wird. — Das große Hoffest, welches am Donnerstag Abend im Kgl. Schlosse stattfand, war von einer überaus großen Anzahl von Mitgliedern des Reichstages und des Preuss. Landtages besucht. Diejenigen Abgeordneten, welche dem Kaiser und der Kaiserin noch nicht vorgestellt waren, waren in einer besonderen Gruppe aufgestellt. Der Präsident v. Forckenbeck stellte seine Collegen dem Kaiser, der Hofmarschall Nesselrode-Croschoven der Kaiserin vor. Beide Majestäten unterhielten sich eingehend mit den einzelnen Abgeordneten und der Kaiser nahm wiederholt Gelegenheit, seine besondere Befriedigung mit dem Gange der Arbeiten des Reichstages auszusprechen. — Im Auftrag des Reichskanzlers sollen in April d. J. Erhebungen über ein zu erlassendes Gesetz zum Schutze des geistigen Eigenthums in den Werken der bildenden Künste und der Kunst-Industrie stattfinden.

Vor nicht gar langer Zeit wurden liberale Landwehroffiziere in ähnlicher Weise gemahnt, wie die ultramontanen Reserve-Offiziere, deren Sache Herr v. Schorlemer-Mest in Reichstage vertrat. Die „Bresl. Ztg.“ bemerkt: „Die Zeiten sind noch unvergessen, wo ein Landwehroffizier ausgeschlossen wurde, weil er Walder gewähl (1863): ja es ist in der Person des Abgeordneten v. Sauten-Tarpuischen ein früherer Landwehroffizier im Reichstage, der in der ersten Reactionzeit (1852 oder 1855) vor dem Ehrengericht auf Ausstoßung angeklagt wurde, weil er als Wahlmann seinen Schwiegervater, dem altliberalen Herrn v. Sauten-Julienfelde (dem Vater des jetzigen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten gleichen Namens) die Stimme gegeben hatte.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Jan. Prozeß Osenheim. Es wird ein Schreiben des früheren Ministers von Pleuer verlesen, in welchem derselbe anzeigt, daß er seinerzeit auf Abstellung der bei der Bahn vorhandenen Uebelstände gedrungen habe. Straf-bare Momente hätten sich damals nicht ergeben. Das für die erst später eingeleitete Untersuchung zusammengestellte Material habe er seinem Amtsnachfolger übergeben. Nachdem der Gerichtshof demnach den Beschluß verurtheilt hatte, daß Zeplien, welche Verwaltungsgründe gewesen sind, erst nach ihrer Vernehmung verurteilt werden sollen, wurden noch die Verwaltungsgründe Thurner's und Pietruski vernommen, wobei der Letztere bestätigte, daß der Verwaltungsrath die von den Fabrikanten angegebene Prohibition dem Angeklagten unter gewissen Voraussetzungen überlassen habe. (W. Z.)

Die Verlassenschafts-Verhandlung über das Vermögen des Kurfürsten von Hessen, welche bereits die Verlassenschafts-Hörbe in Händen hatte, ist, wie man der „Pr.“ berichtet, an das Oberst-Hofmarschallamt in Wien übergegangen. Was an Baargeldern dem verstorbenen Fürsten zugeslossen war, hatte er mit Vorliebe in österreichische Rente umgetauscht, so daß er in der letzten Zeit nicht weniger als für zwei Millionen Rente in seinen Kassen liegen hatte. Die Herrschaft Horowitz mit ihren 17,000 Hektar Wald repräsentirt einen Werth von vier Millionen, wäre aber für 5 Millionen schon vor einigen Jahren in Stronberg's Besitz übergegangen, wenn die österreichischen Gerichte in eine Aufhebung des vom Kurfürsten bei Anlauf des Gutes gekauften Fideicommisses eingegangen wären. Weil nämlich selbiger der Majorats-Herr Prinz Moriz wider den Willen des Vaters preussische Dienste genommen, sollte das Majorat aufgehoben und Horowitz verkauft werden. Der Kurfürst wendete sich damals, um die Aufhebung des Fideicommisses zu bewirken, direct an den Kaiser, allein derselbe konnte, da in dieser Richtung in Oesterreich einzig und allein die Gesetze maßgebend sind, nichts Anderes thun, als den Fürsten an die Gerichte weisen. An den Kurfürsten ist die Herrschaft Horowitz vor 23 Jahren um den Betrag von zwei Millionen übergegangen. Das Prager Palais wird zu etwa 500,000 fl. geschätzt, eine gleich große Summe erscheint zu 6 % auf Hypotheken angelegt. Pest, 22. Jan. Im geistigen Ministerium wurde über die Nothlage des vom Wucher be-triebenen Landvolkes verhandelt. Ein Theil der im Besitze des Staates befindlichen Papiere soll in Pfandbriefe umgetauscht werden, wodurch zur Unterfütterung der Creditbedürftigen des Klein-

Beilage zu No. 8936 der Danziger Zeitung.

Danzig, 23. Januar 1875.

Bermischtes.

Ueber das erste Auftreten Theodor Döring's, der in diesen Tagen sein 50-jähriges Künstlerjubiläum feiert, berichtet der „B.C.“. In Bromberg war es, wo der 23-jährige Theodor Döring zum ersten Male die Bühne in der Liebhaberrolle in Rosebue's „Der arme Poet“ betrat. Dieser erste Versuch nun mißglückte vollständig; den Debitanten ergriff ein so heftiges Coulißfieber, daß er kein Wort hervorbrachten konnte. Der Vorhang mußte fallen. Gleichzeitig aufspiel sowohl der Director der reisenden Künstlergesellschaft, bei welcher Döring debütierte, über den Künstler mit den heftigsten Schmähreden her, während die „Collegen“ sich mit einer so gelinden Abfertigung für den ihrer Ansicht nach so durchaus unberufenen Künstler nicht begnügten. Es mußte eben Anno 1823 der beste Ton unter den Schauspielergesellschaften nicht herrschen, denn die „Collegen“ rächten sich für die mißglückte Vorstellung an dem „armen Poeten“ sehr deutlich, sie bläuten ihn wader durch, so daß der mit Faustschlägen mißhandelte Künstler es für gerathen fand, sich davon zu schleichen und sich volle drei Tage in seiner Wohnung verborgen zu halten. Lange noch nachher wurde sein jedesmaliges Auftreten von spottlächlichen Bemerkungen begleitet. Den ersten Beifall errang er als Portefeuilleträger in der Schachmaschine; wie entschädigte ihn der erste Applaus für alles erlittene Ungemach! „Zum Liebhaber taugen Sie nicht“, jagte ihm sein Director, „aber zu komischen Rollen und Canaillen.“ Nachdem die Gesellschaft auch in Marienwerder und in Culm gespielt, wanderte Döring mit 9 R. 10 S. in der Tasche zu Fuß in neun Tagen nach Breslau und dort endlich erhielt er trotz seines sadenscheinigen Aufzuges einfaches Engagement mit — 6 R. wöchentlich.

Der Magistrat der Stadt Deimold macht bekannt, daß nach der ihm Seitens des Vereins für das Hermanns-Denkmal gemachten Mittheilung im Laufe des Sommers, vermuthlich im Juli d. J., das Fest der Enthüllung des Hermanns-Denkmales stattfinden wird. Zugleich wendet sich derselbe an die Bürgerschaft mit der Bitte, für den Empfang und die Unterkunft der voransichtlich zahlreichen Gäste zu sorgen.

In Meiningen ist letzten Sonnabend ein neu erbautes Haus, das nahezu fertig war, in einem Zeitraum von 5 Minuten zusammengefallen. Dasselbe war von der Berliner Actienbaugesellschaft für Cementbanten als ein sogenanntes Cementgebäude errichtet worden. Glücklicherweise wurde Niemand beschädigt.

Der Dampfer „Germania“ kollidirte am Freitag auf seiner Fahrt von Hull nach Hamburg etwa 9 Meilen hinter ersterem Hafen mit dem von Alexandria nach Hull bestimmten Dampfer „Boadicea“ so unglücklich, daß letzterer bald darauf mit einer großen Ladung Baumwollensamen sank. Der „Germania“ erlitt solch schwere Beschädigungen, daß er nach Hull zurückkehren und dort seine Ladung löschen mußte. Menschenleben gingen in Folge des Zusammenstoßes nicht verloren.

Frankfurt a. M., 22. Jan. Effecten-So cietai. Creditactien 204 1/2, Franzosen 267 1/2, Lombarden 115, Galizier 215 1/4, Rheinische Bahn 120 1/2, Hess. Ludwigsbahn 119 1/2, Bankactien 868, Hahn'sche Effectenbank 112, Spanier 23 1/2. Fest.

Hamburg, 22. Januar. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine matt. Roggen loco flau, auf Termine matt. Weizen 7/8 Januar 126 1/2, 1000 Kilo 189 Br., 187 Gd., 7/8 Januar-Februar 126 1/2, 189 Br., 187 Gd., 7/8 April-Mai 126 1/2, 187 Br., 186 Gd., 7/8 Mai-Juni 126 1/2, 188 Br., 187 Gd. — Roggen 7/8 Januar 1000 Kilo 158 Br., 156 Gd., 7/8 Januar-Februar 158 Br., 156 Gd., 7/8 April-Mai 149 Br., 148 Gd., 7/8 Mai-Juni 148 1/2 Br., 147 1/2 Gd. — Hafer und Gerste flau. — Rüböl ruhig, loco und 7/8 Januar 56 nom., 7/8 Mai 200 Gd., 56. — Spiritus fest, 7/8 100 Liter 100 % 7/8 Januar und 7/8 Februar März 44, 7/8 April-Mai 45, 7/8 Mai-Juni 45 1/2. — Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sad. — Petroleum ruhig, Standard white loco 11, 20 Br., 11, 00 Gd., 7/8 Januar 11, 00 Gd., 7/8 Januar-März 10, 70 Gd., 7/8 August-Dezbr. 11, 40 Gd. — Wetter; Veränderlich.

Bremen, 22. Januar. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11 Mk. bezahlt und Käufer. Sehr fest.

Austerdam, 22. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, 7/8 März 263, 7/8 Mai 267, 7/8 Novbr. 277. — Roggen loco unverändert, 7/8 März 186 1/2, 7/8 Mai 183, 7/8 October 186 1/2. — Raps 7/8 Frühjahr 350, 7/8 Herbst 361 1/2. — Rüböl loco 32 1/2, 7/8 Frühjahr 33, 7/8 Herbst 34 1/2. — Wetter: Veränderlich, Schneelust.

London, 22. Jan. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft stetig. Hafer theurer. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 28,810, Gerste 26,150, Hafer 100,610 Quirs.

London, 22. Jan. [Schluß-Course.] Consols 92 1/2. 5% Italienische Rente 65 1/2. Lombarden 11 1/2. 5% Russen de 1871 100 1/2. 5% Russen de 1872 100 1/2. Silber 57 1/2. Türkische Anleihe de 1865 41 1/2. 6% Türken de 1869 54 1/2. 6% Vereinigt. Staaten 7/8 1882 103 1/2. 6% Vereinigt. Staaten 5% fundirt 102 1/2. Oesterreichische Silberrente 67 1/2. Oesterreichische Papierrente 63 1/2. 6% ungarische Schatzbonds 90 1/2. Spanier 22 1/2. Fest. Wechselnotirungen: Berlin 20, 68. Hamburg 3 Monat 20, 68. Frankfurt a. M. 20, 68. Wien 11, 37. Paris 25, 45. Petersburg 32 1/2.

Liverpool, 22. Jan. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Middling Orleans 8, middling amerikanische 7 1/2, fair Dhollerah 5 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 9. — Ruhig. Amerikanische Verschiffungen angeboten, aber nicht billiger notirbar.

Petersburg, 22. Jan. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 3 Monat 33%. Hamburger Wechsel

3 Mon. 285%. Ausserdamer Wechsel 3 Mon. 163 1/2%. Pariser Wechsel 3 Monat 349%. 1864er Prämien-Anl. (gestpft.) 189. 1866er Präm.-Anl. (gestpft.) 188 1/2%. 1/2 Imperials 5, 90. Große russische Eisenbahn 147 1/2%. Russische Bodencredit - Pfandbriefe 103. — Productenmarkt. Talg loco 49, 50, 7/8 August 49, 00. Weizen 7/8 Mai 10, 00. Roggen 7/8 Mai 6, 75. Hafer loco 5, 00, 7/8 Mai 4, 75. Hafer loco. — Leinsaat (9 Bund) 7/8 Mai 13, 00. — Wetter: 16 Grad Rülte.

Antwerpen, 22. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt. — Roggen behpt., Galas 19. — Hafer fest. — Gerste unverändert, Donau 18 1/2. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25 1/2 bez. und Br., 7/8 Januar 25 bez., 25 1/2 Br., 7/8 Februar 25 1/2 bez., 26 Br., 7/8 März 26 Br., 7/8 September 29 Br. — Fest.

Newyork, 21. Jan. [Schlußcourse.] Wechsel auf London in Gold 4 D. 87 C. Goldagio 12 1/2, 1/20 Bonds 7/8 1885 118 1/2, do. 5% fundirt 114 1/2, 5/20 Bonds 7/8 1887 118 1/2, Eriebahn 28 1/2, Central-Pacific 94 1/2. Newyork Centralbahn 102. Nächste Notirung des Goldagio 12 1/2, niedrigste 12 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 15 1/2, do. in New-Orleans 14 1/2, Petroleum in Newyork 12, do. in Philadelphia 11 1/2, Mehl 4 D. 95 C. Rother Frühjahrweizen 1 D. 21 C. Weis (old mixed) 93 C., Buder (fair refining) 94 C. 1/2, C. C. Sped (short clear) 10 1/2 C. Getreidefracht 10 1/2.

Productenmärkte.

Königsberg, 21. Januar. (v. Portatus & Grothe) Weizen 7/8 1000 Kilo hochbunter 128 1/2, bef. 174 Rf bez., rother russ. 118 1/2, 172, 120 1/2, und 124 1/2 Rf. 168, 25, 122 1/2, 172, 122 1/2, und 125 6 1/2, 173, 125 1/2, 174, 125 6 1/2, 173, 75, 126 1/2, 172, 130 1/2, 169, 50 Rf bez. — Roggen 7/8 1000 Kilo inländischer: 123 1/2, 138, 75, 124 1/2, 139 Rf bez., fremder: 118 1/2, 127, 50, 130, 116 1/2, 131, 25, 132, 50, 117 1/2, 132, 50, 118 1/2, 133, 75, 121 1/2, 135 Rf bez. — Gerste 7/8 1000 Kilo große 137, 144, 25, 151, 50, 152, 75 Rf bez., kleine 137, 138, 50, 150 Rf bez. — Hafer 7/8 1000 Kilo loco 158, russ. 151, 152, 153, 154, 154, 25, schwarz 155 Rf bez. — Erbsen 7/8 1000 Kilo weisse 156, 75, 157, 75, 160, 167, 50 Rf bez., grüne 158, 50 Rf bez. — Weizen 7/8 1000 Kilo 186, 75, 188, 50, 191 Rf bez. — Buchweizen 7/8 1000 Kilo hochfein 184, 25 Rf bez. — Leinsaat 7/8 1000 Kilo hochfein 257 Rf bez., mittel 194, 25, 198, 204, 25 Rf bez., ordinäre, Rüdum 100 Rf bez. — Spiritus 7/8 10,000 Liter % ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 56 1/2 Rf Br., 55 Rf Gd., 55 1/2 Rf bez., Januar 56 Rf Br., 55 1/2 Rf Gd., Jan.-März 57 Rf Br., 56 Rf Gd., Frühjahr 59 1/2 Rf Br., 58 1/2 Rf Gd., Mai-Juni 60 1/2 Rf Br., 59 1/2 Rf Gd., Juni 62 Rf Br., 61 Rf Gd., 61 1/2 Rf bez., Juli 63 Rf Br., 62 Rf Gd., August 64 Rf Br., 63 Rf Gd., 63 1/2 Rf bez., Septbr. 65 Rf Br., 64 Rf Gd.

Stettin, 22. Jan. Weizen 7/8 April-Mai 186, 00 Rf, 7/8 Mai-Juni 187, 50 Rf — Roggen 7/8 Januar 155, 00 Rf, 7/8 April-Mai 148, 00 Rf, 7/8 Mai-Juni 144, 50 Rf — Rüböl 100 Kilogr. 7/8 Januar 53, 00 Rf, 7/8 April-

Mai 54, 50 Rf — Spiritus loco 54, 20 Rf, 7/8 Januar 55, 00 Rf, 7/8 April-Mai 57, 50 Rf, 7/8 Juni-Juli 58, 80 Rf. — Winterrüben wenig verändert, 7/8 2000 St. loco 246—255 Rf, 7/8 März-April 268 Rf Br. u. Gd., 7/8 April-Mai 270 Rf Br., 7/8 September-October 273 Rf bez. — Petroleum loco 12, 40 Rf bez., 12, 50 Rf Br. Regulirungspreis 12, 10 Rf, Januar 12 Rf bez., 12, 10 Rf Gd., Januar-Febr. 11, 20 Rf bez., 12, 25 Rf Gd. u. Br., September-October 11, 35 Rf Br. — Schmalz, Wilcox loco und Januar 66 Rf bezahlt.

Berlin, 22. Jan. Weizen loco 7/8 1000 Kilogr. 165—207 Rf nach Qual. gefordert, 7/8 April-Mai 184, 50 Rf bez., 7/8 Mai-Juni 185, 50 Rf nom., 7/8 Juni-Juli 187, 00 Rf bez. — Roggen loco 7/8 1000 Kilogr. 153—171 Rf nach Qual. gefordert, 7/8 Jan. 154, 00—155, 50 Rf bez., 7/8 Jan.-Febr. 153, 00—153, 50 Rf bez., 7/8 Frühjahr 148, 00 Rf bez., 7/8 Mai-Juni 145, 50 Rf bez. — Gerste loco 7/8 1000 Kilogr. 150—192 Rf nach Qual. gefordert. — Hafer loco 7/8 1000 Kilogr. 160—190 Rf nach Qual. gefordert. Gerste loco 7/8 1000 Kilogr. Rogwaare 187—234 Rf nach Qual., Futterwaare 177—186 Rf nach Qual. — Weizenmehl 7/8 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Saß No. 0 27, 25—26, 25 Rf, No. 0 u. 1 25, 50—24, 00 Rf. Roggenmehl 7/8 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Saß No. 0 24, 50—23, 50 Rf, No. 0 u. 1 22, 25—21, 25 Rf, 7/8 Jan. 22 Rf bez., 7/8 Jan.-Februar 22 Rf bez., 7/8 Febr.-März 21, 90—21, 95 Rf bez., 7/8 März-April 21, 85 Rf bez., 7/8 April-Mai 21, 85 Rf bez., 7/8 Mai-Juni 21, 70 Rf bez., 7/8 Juni-Juli 21, 70 Rf bez. — Weizen 7/8 100 Kilogr. ohne Faß 62 Rf bez. — Rüböl 7/8 100 Kilogr. loco ohne Faß 54 Rf Br., 7/8 Jan. 54, 5 Rf bez., 7/8 Jan.-Febr. 54, 5 Rf bez., 7/8 April-Mai 55, 5 Rf bez., 7/8 Mai-Juni 56 Rf bez., 7/8 Septbr.-October 59 Rf bez. — Petroleum raff. 7/8 100 Kilogr. mit Faß loco 24, 50 Rf Br., 7/8 Jan. 24, 5 Rf Br., 7/8 Jan.-Febr. 23, 5 Rf Br., 7/8 Febr.-März 23 Rf bez., 7/8 Septbr.-Octbr. 24 Rf G. — Spiritus 7/8 100 Liter a 100% = 10,000% loco ohne Faß 54, 2 Rf bez., mit Faß 7/8 Jan. 55 Rf bez., 7/8 Jan.-Februar 55 Rf bez., 7/8 April-Mai 57 Rf bez., 7/8 Mai-Juni 57, 2 Rf bez., 7/8 Juni-Juli 58, 3 Rf bez., 7/8 Juli-August 59, 3 Rf bez., 7/8 August-Septbr. 59, 8 Rf bez.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 21. Januar. (M. Loewenberg.) Gute und beste Marken schottisches Roheisen 5,50—6,40 Rf, und englisches 4,30—4,60 Rf 7/8 50 Kilogramm. — Eisenbahnschienen zum Verwalzen 5,20 bis 5,40 Rf, 7/8 50 Kilogr. bei größeren Posten. — Gute Sorten englisches und australisches Kupfer 94—96 Rf 7/8 50 Kilogr. — Zinn: Banca 105,50—105,75 Rf u. prima Lamm 102,50—102,75 Rf 7/8 50 Kilogr. — Blei: Tarnowitzer, Garzer und sächsisches 23 bis 23,25 Rf 7/8 50 Kilogr. — Gute und beste Sorten schlesisches Süttenzinn 24,25—25,50 Rf 7/8 50 Kilogr. — Engl. Schmiedekohlen nach Qualität bis 84 Rf 7/8 50 Kilogramm, schlesischer und westfälischer Schmelz-Coals 1,60 bis 2 Rf 7/8 50 Kilogr. frei hier.

Die Haltung der Börse war wesentlich beruhigter als gestern. Die Umsätze waren allerdings auch heute noch ohne erhebliche Bedeutung, indes ist die festere Stimmung nicht zu unterschätzen, welche der teilweise zurückgekehrten Erntuthung entsprungen, und in dem Verkehr in Eisenbahnactien vorzugsweise Ausdruck fand. Auf dem Geldmarkt ist eine Veränderung nicht eingetreten, Disconten sind eher gesunken, der Umsatz bleibt aber ungemein beschränkt.

Aus der Flüssigkeit des Geldstandes darf wohl manche Erleichterung für die Ultimo-Regulierung erwartet werden. Die internationalen Speculationspapiere traten nur wenig in Verkehr, behaupteten sich aber trotz einiger Schwankungen stets über ihren gestrigen Schlusscoursen. Die localen Speculationswerthe waren eher fest, blieben aber sehr still. Die auswärtigen Staatsanleihen wurden wenig gehandelt, im Allgemeinen waren sie besser, nur für Italiener lag

ein drängendes Angebot vor und hatte einen nicht unbedeutenden Coursrückgang zur Folge. Türken waren besser und Oester. Renten behaupteten sich im bisherigen Course. Von Russischen Effecten, die im Ganzen recht still waren, zeichneten sich nur Bahnen und Prämienanleihen durch besseren Verkehr aus. Preussische Fonds fest aber still, nur 4 1/2 pCt. Devisen belebt, andere Deutsche Fonds sehr still und meist unverändert. Von Prioritäten sind die einheimischen als

fest zu erwähnen. Auf dem Eisenbahnactien-Markte hatte eine bessere Stimmung Platz gegriffen und die Course der schweren Bahnen erfuhren fast sämmtlich Erhöhungen. Bankactien sehr still. Sehr ruhig und meist unverändert waren Industriepapiere. Bergwerke wenig fest.

† Zinsen vom Staate garantiert.

Table with multiple columns listing various financial instruments, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Deutsche Fonds', 'Oypotheken-Pfandbr.', 'Ausländische Fonds', 'Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien', 'Ankündigungen', 'Bank- und Industrieactien', and 'Berg- u. Hütten-Gesellsch.'.

Auction in Neuteichsdorf. Das zu der früheren Bestimmung des Herrn Bielsfeld in Neuteichsdorf gehörige lebende und todt Inventarium, bestehend aus ca. 9 Pferden, 1 Fähring, 6 Kühen, 4 Ochsen, 1 Bullen, 3 Hocklingen nebst mehreren Spazierwagen und Schlitten, Arbeitswagen, Arbeitsschlitten, wie auch diversen Ackergeräthen und Arbeitsstücken, werden mir am Mittwoch, den 27. d. M., von Vormittags 9 Uhr ab, auf dem Hofraume des Herrn Bielsfeld per Auction verlaufen. Außerdem haben wir noch sieben Schweine, wie auch eine Sau nebst Ferkeln zum Kauf gestellt, die wir auch jederzeit vor der Auction verlaufen. H. Rahm & Schneidemühl, Neuteich.

Das Grundstück Streckfuß No. 27/44 zum Nachlaß des verstorbenen Herrnmann Albrecht gehörig, worin seit circa 50 Jahren Gastwirthschaft, Mehlhandlung und Material-Geschäft betrieben wird, und wozu 1 Hufen culm. Land, bestehend in 10 Morgen Acker I. und II. Kl., das andere Wiesen und Rohr, auch außerdem noch ein Antheil am Gasthause und Fährre gehört, soll in Termin den 2. Februar d. J., Nachm. 1 Uhr, an Ort und Stelle in öffentlicher Auction meistbietend verkauft werden. Die Kaufbedingungen werden vor dem Termin bekannt gemacht, auch können dieselben vorher in dem gedachten Grundstück und im Volks-Anwalts-Bureau, Neuestraße No. 15, in Elbing eingesehen werden. Die Erben. Ein Geschäftslocal am Markt gelegen, geeignet zu allen Branchen, ist zum 1. März oder zum 1. April zu vermieten. Näheres ertheilt F. Szclinski, Marienburg.

Ein solider Wirthschafts-Inspector, der seine Tüchtigkeit nachweisen kann, findet zum 1. April gegen 100 Thlr. Gehalt und freier Station Anstellung in Lischütz bei Lauenburg in Pommern. Dasselbst auch ein Wirthschafts-Cleve, der sorgsam und fleißig zu sein verspricht, ohne Pension Aufnahme findet. Meldung nimmt entgegen der Administrator Allé daselbst. Ein Steindrucker, im Grabier- und Umdruck tüchtig, findet in einer Provinzial-Hauptstadt dauernde und angenehme Condition. Nur ganz solide Leute wollen sich melden und werden deren mit den Lohnansprüchen versehenen Offerten u. 9250 i. d. Exp. d. Btg. entgegengenommen. Einem gut empf. Inspector sowie e. Hofmeister weist nach F. Feldt, Breitgasse 114, Danzig. Ein Wirthschafts-Fräulein, w. 5 u. 6 Jahre auf Stellen gew., weist nach das Gef. B. Kohlenmarkt 30.

Ein erfahr. Hauslehrer mit den besten Empfehlungen, welcher bis Quarta vorbereitet u. musk. ist, sucht zu Ostern ein anderes Engagement. Gef. Abr. unter 9212 in der Exp. d. Btg. Ich suche für mein Waaren-Agentur-Geschäft einen Lehrling mit guter Schulbildung zum sofortigen Antritt. Carl Treitschko. Eine geprf. Lehrerin, die bereits mehrere Jahre unterrichtet hat, der gute Zeugnisse zur Seite stehen u. die a. engl., franz. und Musikunterricht erth. kann, sucht zum 1. April ein Engagement. Gefällige Abr. u. 8948 i. d. Exp. d. Btg. erbeten. Ein junger Commis (Materialist) kann sich für ein hiesiges Material- u. Schankgeschäft zum 1. April 1875 melden. Gefällige Adressen mit Angabe der gegenwärtigen Stellung u. 9256 in der Exp. d. B. abzug. Einen zuverlässigen Kutscher für Güter weist nach F. Feldt, Breitg. 114, Danzig.

Ein gebildetes junges Mädchen, welches mit der Landwirthschaft einigermaßen vertraut ist u. zur Stille der Hausfrau sein soll, wird von sogleich oder spätestens zum 1. April d. J. gesucht in Abt. Liegen per Liebenmühl Ostpreußen. Eine tüchtige Landwirthin, die auch Kenntnisse von der Meierei und gute Zeugnisse hat, noch in Stellung ist, wünscht vom 1. Februar, April oder Mai eine möglichst selbstständige Stelle. Gef. Off. werden u. W. S. Seeger's Waldesherp Maldeuten gütlich erbeten. Hugo Lambke. Eine tüchtige Wirthin, die mit der Landwirthschaft vertraut ist, sowie die herrschaftliche Küche versteht, wird von sofort oder zum 1. April d. J. gesucht. Adressen mit Gehaltsangaben und Nachweis ihrer früheren Stellungen unter 9176 in der Expedition dieser Zeitung erbeten. Verantwortlicher Redacteur S. Röckner. Druck und Verlag von H. W. Rasemann in Danzig.